



Schwerpunkte der Plenarsitzung – 1.-2. März-2017 – Plenartagung – Brüssel

Mögliche Debatte zur Zukunft Europas mit Jean-Claude Juncker

Falls die EU-Kommission das geplante Weißbuch zur Zukunft Europas am Mittwoch verabschiedet, wird eine Debatte zu diesem Thema der Tagesordnung für Mittwoch als erster Punkt hinzugefügt. Vor der Aussprache erhält EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker die Gelegenheit, den Inhalt des Weißbuchs dem Plenum vorzustellen.

4

Debatte mit Rat und Kommission zu zentralen Themen des nächsten EU-Gipfels

Am Mittwoch beginnt die Plenarsitzung mit einer Debatte über die Hauptthemen des nächsten Europäischen Rates am 9.-10. März. Vertreter von Rat und Kommission nehmen an der Aussprache teil. Die Abgeordneten werden ihre Prioritäten in den Bereichen Wirtschaft, Beschäftigung, Migration und Verteidigung vorstellen, sowie zur Zukunft Europas.

5

Unionsbürger im Vereinigten Königreich: Verstöße gegen die Freizügigkeit?

Die Abgeordneten sind besorgt über mögliche Verstöße gegen das Recht auf freien Personenverkehr von EU-Bürgern, die im Vereinigten Königreich leben. In der für Mittwoch vorgesehenen Aussprache werden sie die Kommission zu aktuellen Statistiken über die Anzahl von Anträgen auf Erteilung oder von Verweigerungen einer Aufenthaltsgenehmigung und von Ausweisungen aus dem Vereinigten Königreich befragen.

6

Parlament will sich für erschwingliche Arzneimittel einsetzen

Die Preise für neue Arzneimittel in der EU sind in den vergangenen Jahrzehnten in so hohem Maße gestiegen, dass sich zahlreiche Bürger Europas diese Mittel nicht mehr leisten können und die Nachhaltigkeit der nationalen Gesundheitsversorgungssysteme bedroht ist, unterstreichen die Abgeordneten in einem Entschließungsentwurf, der am Donnerstag zur Abstimmung steht.

7

Verschwundene Migrantenkinder in Europa

Am Mittwoch werden die Abgeordneten mit EU-Kommissar Dimitris Avramopoulos erörtern, wie das Problem der verschwundenen Migrantenkinder in Europa bewältigt werden soll. Mindestens 10 000 unbegleitete Flüchtlingskinder sind nach Angaben von Europol aus dem Jahr 2016 nach ihrer Ankunft in Europa verschwunden.

9

Frauentag: Kampf um gleiche Löhne und Gehälter bei Frauen und Männern verstärken

Trotz der Richtlinie aus dem Jahr 2006 zur Gleichstellung der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt bestehen weiterhin Unterschiede bei der Vergütung zwischen Frauen und Männern, bei den Renten sind es 40% und mehr. In der für Mittwoch geplanten Debatte werden die Abgeordneten Rat und Kommission befragt, welche Maßnahmen sie vorschlagen, um das geschlechtsspezifische Lohngefälle zu beheben.

10

Weitere Tagesordnungspunkte

12

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/agenda/briefing/2017-03-01>

Weitere Informationen

[Tagesordnung](#)

[Live-Übertragungen der Plenartagung auf EP Live](#)

[Europarl TV](#)

[Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen auf EP Live](#)

[Webseite des Audiovisuellen Dienstes des EP \(EN\)](#)

[EP Newshub](#)

[EPRS-Plenar-Podcasts zu den zentralen Themen](#)

Kontakt

Armin WISDORFF

Press Officer

☎ (+32) 2 28 40924 (BXL)

☎ (+33) 3 881 73780 (STR)

📱 +32 498 98 13 45

✉ presse-DE@europarl.europa.eu

Michaela FINDEIS

Press Officer

☎ (+32) 2 28 31141 (BXL)

☎ (+33) 3 881 73603 (STR)

📱 (+32) 498 98 33 32

✉ presse-DE@europarl.europa.eu

Judit HERCEGFALVI

☎ (+49) 30 2280 1080

☎ (+33) 3 881 64025 (STR)

📱 (+49) 151 172 57 196

✉ judit.hercegfalvi@europarl.europa.eu

Huberta HEINZEL

COMM - MEDIA SERVICES

☎ (+43) 1 516 17 201

☎ (+33) 3 881 74646 (STR)

📱 (+43) 676 550 3126

✉ huberta.heinzel@ep.europa.eu

Mögliche Debatte zur Zukunft Europas mit Jean-Claude Juncker

Falls die EU-Kommission das geplante Weißbuch zur Zukunft Europas am Mittwoch verabschiedet, wird eine Debatte zu diesem Thema der Tagesordnung für Mittwoch als erster Punkt hinzugefügt. Vor der Aussprache erhält EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker die Gelegenheit, den Inhalt des Weißbuchs dem Plenum vorzustellen.

Das Parlament hat seine [Ideen für die Zukunft Europas](#) in Form von drei Entschließungen auf der Plenarsitzung vom 16. Februar 2017 angenommen.

Darin schlagen die Abgeordneten folgendes vor:

- Der Rat sollte zu einer regelrechten zweiten Kammer für die Gesetzgebung weiterentwickelt werden, mit den verschiedenen Fachräten als Vorbereitungsgremien, ähnlich den Ausschüssen im Parlament;
- Die Schaffung eines Amtes eines EU-Finanzministers und zusätzliche Befugnisse für die EU-Kommission, eine gemeinsame EU-Wirtschaftspolitik zu konzipieren und umzusetzen, die von einer Haushaltskapazität für das Euro-Währungsgebiet gestützt wird;
- Eine Fiskalkapazität, die den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und eine spezifische zusätzliche Haushaltskapazität für das Euro-Währungsgebiet umfasst, die durch dessen Mitglieder als Teil des EU-Haushalts finanziert wird.

Debatte: Mittwoch, den 1. März

Verfahren: Erklärung der EU-Kommission mit anschließender Debatte

#futureEU

Weitere Informationen

[Pressemitteilung: "Parlament legt seine Vision für die Zukunft der EU vor"](#)

[EuroparTV: Interviews mit den Berichterstattern](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Debatte mit Rat und Kommission zu zentralen Themen des nächsten EU-Gipfels

Am Mittwoch beginnt die Plenarsitzung mit einer Debatte über die Hauptthemen des nächsten Europäischen Rates am 9.-10. März. Vertreter von Rat und Kommission nehmen an der Aussprache teil. Die Abgeordneten werden ihre Prioritäten in den Bereichen Wirtschaft, Beschäftigung, Migration und Verteidigung vorstellen, sowie zur Zukunft Europas.

Debatte: Mittwoch, den 1. März

Verfahren: Erklärungen von Rat und Kommission mit anschließender Debatte

#euco

Weitere Informationen

[Tagesordnung Europäischer Rat, 09.-10.03.2017](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Unionsbürger im Vereinigten Königreich: Verstöße gegen die Freizügigkeit?

Die Abgeordneten sind besorgt über mögliche Verstöße gegen das Recht auf freien Personenverkehr von EU-Bürgern, die im Vereinigten Königreich leben. In der für Mittwoch vorgesehenen Aussprache werden sie die Kommission zu aktuellen Statistiken über die Anzahl von Anträgen auf Erteilung oder von Verweigerungen einer Aufenthaltsgenehmigung und von Ausweisungen aus dem Vereinigten Königreich befragen.

Die Freizügigkeit von Personen stellt einen der Eckpfeiler der Unionsbürgerschaft dar und wird durch eine [Richtlinie aus dem Jahr 2004](#) festgelegt. Sie wird jedoch in einigen Mitgliedstaaten nicht vollständig durchgesetzt, wie zum Beispiel im Vereinigten Königreich.

Die Abgeordneten weisen auf die in letzter Zeit steigende Anzahl von Berichten hin, dass das Innenministerium des Vereinigten Königreichs die Erfordernisse ausreichender Mittel und des Vorhandenseins einer Krankenversicherung restriktiv auslegt, um die Rechte von Unionsbürgern im Vereinigten Königreich einzuschränken.

Nach Angaben des nationalen statistischen Amtes (*Office for National Statistics*) lebten Ende 2015 insgesamt 3,1 Millionen Unionsbürger im Vereinigten Königreich.

Debatte: Mittwoch, den 1. März

Verfahren: Mündliche Anfrage an die EU-Kommission mit anschließender Debatte

#Brexit

Weitere Informationen

[Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission zu Verstößen gegen die derzeitigen Rechte von im Vereinigten Königreich wohnhaften Unionsbürgern](#)

[EP-Hintergrundinformationen: Freier Personenverkehr](#)

[EP-Studie: "Obstacles to the right of free movement and residence for EU citizens and their families. Comparative analysis and country report for the UK" \(auf Englisch\)](#)

[Länderbericht zu Großbritannien](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Parlament will sich für erschwingliche Arzneimittel einsetzen

Die Preise für neue Arzneimittel in der EU sind in den vergangenen Jahrzehnten in so hohem Maße gestiegen, dass sich zahlreiche Bürger Europas diese Mittel nicht mehr leisten können und die Nachhaltigkeit der nationalen Gesundheitsversorgungssysteme bedroht ist, unterstreichen die Abgeordneten in einem Entschließungsentwurf, der am Donnerstag zur Abstimmung steht.

Um ein besseres Gleichgewicht zwischen öffentlicher Gesundheit und den Interessen der Pharmaindustrie zu erreichen, fordern sie mehr Transparenz bei den FuE-Kosten, der öffentlichen Finanzierung und den Marketingausgaben.

Sie rufen Rat und Kommission dazu auf, die Verhandlungsposition der Mitgliedstaaten sowie die EU-weite Zusammenarbeit und Kräftebündelung zu verstärken, um für einen erschwinglichen Zugang zu Arzneimitteln in der gesamten EU zu sorgen.

Hintergrundinformationen

Laut der Weltgesundheitsorganisation (WHO) gehört der Zugang zu unentbehrlichen Arzneimitteln zum Recht auf Gesundheit. Die Abgeordneten weisen jedoch darauf hin, dass es jüngsten Untersuchungen zufolge zwischen den Mitgliedstaaten beträchtliche Unterschiede beim Vertrieb und der Verfügbarkeit von innovativen Arzneimitteln gibt. Dies könnte an den Preisfestsetzungs- und Erstattungssystemen oder den Logistikdiensten wie Beschaffung und Lagerhaltung liegen, an unzureichender Produktion oder unsachgemäßer Verwendung, oder an zu strengen Patentbestimmungen.

Die Abgeordneten unterstreichen auch, dass die Kluft zwischen der steigenden Resistenz gegen antimikrobielle Wirkstoffe und der Entwicklung neuer antimikrobieller Wirkstoffe wächst. Arzneimittelresistente Krankheiten könnten bis 2050 weltweit für 10 Millionen Tote im Jahr verantwortlich sein, heißt es in dem Entschließungsentwurf.

Debatte: Mittwoch, den 1. März

Abstimmung: Donnerstag, den 2. März

Pressekonferenz: Donnerstag, den 2. März um 13:30 Uhr

Verfahren: Nichtlegislative Entschließung

#medicines

Weitere Informationen

[Berichtsentwurf zu den Optionen der EU, den Zugang zu Arzneimitteln zu verbessern](#)

[Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(01.02.2017, auf Englisch\)](#)

[Berichterstatterin Soledad Cabezón Ruiz \(S&D, ES\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[EP-Hintergrundinformationen: „Arzneimittel in der Europäischen Union: Der Rechtsrahmen für Humanarzneimittel“](#)

[EP-Hintergrundinformationen: “Developing health technology assessment in the European Union” \(20-10-2016, auf Englisch\)](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Verschwundene Migrantenkinder in Europa

Am Mittwoch werden die Abgeordneten mit EU-Kommissar Dimitris Avramopoulos erörtern, wie das Problem der verschwundenen Migrantenkinder in Europa bewältigt werden soll. Mindestens 10 000 unbegleitete Flüchtlingskinder sind nach Angaben von Europol aus dem Jahr 2016 nach ihrer Ankunft in Europa verschwunden.

Es wird befürchtet, dass einige dieser Kinder durch Verbrecherbanden sexuell ausgebeutet, zum Betteln oder zum Begehen von Straftaten gezwungen werden. Andere könnten auf der Suche nach ihren Familien in anderen EU-Ländern verschwunden sein, oder aus Verzweiflung über umständliche Asylverfahren oder die Unterbringung in Aufnahmezentren.

Im April letzten Jahres wurde das [Thema vom Ausschuss für bürgerliche Freiheiten](#), Justiz und Inneres erörtert. Die Abgeordneten unterstrichen die Notwendigkeit, den Schutz von unbegleiteten Minderjährigen zu verstärken und die grenzübergreifende Zusammenarbeit bei Fällen von verschwundenen Minderjährigen, die in ein anderes Land gereist sein könnten, zu verbessern.

Debatte: Mittwoch, den 1. März

Verfahren: Erklärung der EU-Kommission

#MigrationEU

Weitere Informationen

[EP-Hintergrundinformationen: "Vulnerability of unaccompanied and separated child migrants" \(auf Englisch\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

Frauentag: Kampf um gleiche Löhne und Gehälter bei Frauen und Männern verstärken

Trotz der Richtlinie aus dem Jahr 2006 zur Gleichstellung der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt bestehen weiterhin Unterschiede bei der Vergütung zwischen Frauen und Männern, bei den Renten sind es 40% und mehr. In der für Mittwoch geplanten Debatte werden die Abgeordneten Rat und Kommission befragen, welche Maßnahmen sie vorschlagen, um das geschlechtsspezifische Lohngefälle zu beheben.

Obwohl Frauen im Durchschnitt heute einen höheren Bildungsabschluss als Männer erreichen, liegt das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen in der EU durchschnittlich weiterhin bei 16,1%* (Stand 2014), obwohl es unter den verschiedenen EU-Mitgliedern [erhebliche Unterschiede](#) gibt.

Das durchschnittliche geschlechterbedingte Rentengefälle ist noch höher, wegen lebenslangen Ungleichheiten und einem höheren Anteil von Frauen in Teilzeitarbeit, mit geringerem Stundenlohn und mit Eltern- oder Betreuungsurlaub. Im Jahr 2014 belief sich der Unterschied auf 40,2% nach dem vom Europäischen Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE) v e r ö f f e n t l i c h t e n Geschlechtergleichstellungsindex.

Da bisher keine Fortschritte erreicht wurden, werden die Abgeordneten erwartungsgemäß ihre Forderung nach neuen Gesetzesvorschlägen wiederholen.

In zwei weiteren Debatten am Mittwochabend werden die Abgeordneten die teilweise Entkriminalisierung häuslicher Gewalt in Russland erörtern sowie Rat und Kommission zum unausgewogenen Geschlechterverhältnis beim Europäischen Gerichtshof befragen.

** Laut dem vom Europäischen Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE) veröffentlichten Geschlechtergleichstellungsindex und dem Bericht des Parlaments über die Gleichstellung von Frauen und Männern in der EU 2014-2015, beläuft sich das geschlechtsspezifische Lohngefälle auf 16.1%, doch [Eurostat](#) weist 16.7% aus.*

Debatte: Mittwoch, den 1. März

Verfahren: Erklärungen von Rat und Kommission mit anschließender Debatte

#equalpayforequalwork #IWD17

Weitere Informationen

Entschließung des Parlaments zur Verwirklichung des Grundsatzes der Chancengleichheit und Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen (08.10.2015)

EP-Hintergrundinformationen: "Auf dem Weg zur Gleichstellung der Geschlechter bei der Beschäftigung" (10/2015)

Statistiken des Europäischen Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE)

Eurostat: Statistiken zum geschlechtsspezifischen Lohngefälle pro Land (Februar 2015)

Information der EU-Kommission: "Die Bekämpfung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles in der Europäischen Union"

Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Themen auf der Tagesordnung

- Verpflichtungen im Bereich der Gegenseitigkeit bei der Wiedereinführung der Visumpflicht -

Entschließungsanträge

- Mechanismus für den Informationsaustausch über zwischenstaatliche Abkommen und nicht verbindliche

Instrumente im Energiebereich - *Bericht: Zdzisław Krasnodębski*

- E-Demokratie in der EU: Potenzial und Herausforderungen - *Bericht: Ramón Jáuregui Atondo*
- Die gemeinsame Handelspolitik im Rahmen der Gebote in Bezug auf den Schutz der wildlebenden Tier- und

Pflanzenarten - *Bericht: Emma McClarkin*

- Durchführung des Programms „Kreatives Europa“ - *Bericht: Silvia Costa (INI)*
- Durchführung des Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ - *Bericht: María Teresa Giménez*

Barbat (INI)